

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringender monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
**Sprechstunde:** nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Geschäftszeit:** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Zeitspalt mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 157.

Dresden, Sonnabend den 11. Juli 1914.

25. Jahrg.

Zur Koburger Wahlkreise hat sich Wahl zwischen dem Fortschrittler Arnold und dem Sozialdemokraten Hoffmann stattgefunden.

Aus den schleswig-holsteinischen Nordbezirken werden neue Ausweisungen gemeldet.

Heute wurden 80000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Kautzger Tuchfabriken zum 18. Juli gekündigt, um 30 Streikende zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen.

Die Kommission des französischen Senats lehnte die Wohnungszulagen für die Postbeamten ab.

Im englischen Parlament sprach Sir Edward Grey über die auswärtige Politik und das Westrücken.

In der Stadt Selva (Norwegen) sind 60 Häuser niedergebrannt.

## Die Ersatzwahl in Koburg.

Turch die amtliche Beförderung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Quard ist eine Ersatzwahl im Wahlkreise Koburg erforderlich geworden. Die am Freitag stattgefundene Wahl hat das Ergebnis gezeigt, daß die Nationalliberalen aus der Stichwahl verdrängt wurden, also den Kreis verlieren, und daß die Stichwahl auszukämpfen ist zwischen der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie. Das vorläufige amtliche Wahlergebnis lautet:

Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Koburg-Gotha 1 wurden bis 11 Uhr 15 Minuten im ganzen 14 495 gültige Stimmen gezählt. Davon entfielen Amtsgewalt Stoll-Koburg (natl.) 3372, Arnold Neuhadt bei Koburg (Fortschr. Volksp.) 5472 und Reichstagsabgeordn. Hoffmann-Post (Sozialdemokrat) 5651 Stimmen. Das Wahlergebnis von zwölf kleinen Wahlbezirken steht noch aus. Es ist engere Wahl zwischen Arnold und Hoffmann erforderlich.

Der kleine und vorwiegend ländliche Wahlkreis Koburg war früher meist Besitz der Freisinnigen. Bei einer Nachwahl im Jahre 1900, unter unmittelbarem Eindruck der schiefen Steuererhebung, gewann die Sozialdemokratie mit dem Genossen Gleich zum erstenmal den Kreis. Bei den allgemeinen Wahlen im Januar 1912 ging der Kreis wieder verloren, und zwar diesmal an die Nationalliberalen, die von den Konservativen und dem Bunde der Landwirte unterstützt wurden; der weit rechtsstehende Nationalliberal Dr. Quard wurde in der Stichwahl gewählt.

Wie schon bei früheren Wahlen, so haben auch bei der jetzigen Wahl örtliche Angelegenheiten in diesem Wahlkreise stark miteingewirkt. Der skrupellosen Ausnutzung kleinlicher Kirchsturminteressen hat es die fortschrittliche Volkspartei in erster Linie zu verdanken, daß sie zahlreiche Stimmen von den Nationalliberalen an sich ziehen konnte und daß andererseits auch die Sozialdemokratie einen Stimmenverlust erfahren hat. Auch hat die Persönlichkeit des fortschrittlichen Kandidaten wohl einen für diese Partei günstigen Einfluß gehabt. Ihr Kandidat Arnold ist seit 30 Jahren Präsident des Koburger Landtags und im ganzen Wahlkreise sehr bekannt.

Dem Vorwärts werden aus dem Wahlkreise Koburg folgende Mitteilungen über den Verlauf des Wahlkampfes und über die Ursachen des wenig erfreulichen Wahlausfalles gemacht:

Im wesentlichen dürfte der Ausgang der Wahl auf vier Gesichtspunkte zurückzuführen sein. Zunächst und hauptsächlich kommt in Betracht, daß von den Fortschrittlichen eine beispiellos und ungeschicklich verlegene Hege Inzenerien worden ist gegen die Sozialdemokratie wegen der am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretenen Steuererhöhung, die in diesem Wahlkreise ein außerordentlich großes Kontingent der Wähler stellen. Es herrscht in weiten Kreisen der Hausgewerbetreibenden eine ebenso große wie berechtigende Missstimmung wegen zahlloser ungeschicklicher und schändlicher Bestimmungen dieses Gesetzes. Trotzdem nun die Sozialdemokratie dem Reichstag in schärfster Weise gegen diese Bestimmungen gestimmt und schließlich das Gesetz als Ganzes einstimmig abgelehnt hat, während beide liberalen Parteien ihm zustimmten, vermochten es die Freisinnigen doch, die Sozialdemokratie als verantwortlich hinzustellen an all den zahlreichen Missetaten. Es war vergeblich, daß zahlreiche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, darunter die besten Kenner der Versicherungsgesetze, wie der Genosse Ullrich, eine energische Aufklärungsarbeit unter den Wählern unternahm — die Hege der Freisinnigen triumphierte.

Als zweites Moment zur Erklärung des Wahlergebnisses ist die Agitation anzuführen, die der freisinnige Kandidat, der Fabrikbesitzer Arnold, der zugleich lange Jahre Präsident des Koburger Landtags ist, in Sachen der sogenannten Wiederbühlerer Stiftung betrieben hat. Es handelt sich bei dieser Stiftung um einen Streit der belgisch-luxemburgischen Brunnensinnen und dem belgischen Staat auf der einen Seite und dem Koburger Staat auf der anderen Seite. Der freisinnige Kandidat Arnold zog nun mit der Behauptung im Wahlkreise und über, daß, wenn er gewählt werde, der Steuerertrag dieser Stiftung im Betrage von jährlich einer Viertelmillion Mark dem Koburgischen Staate zufließen werde. Bei der außerordentlichen Armut des Landes hatte auch diese Kreditverleugung einen außerordentlich großen Erfolg, trotzdem der Reichstag mit der ganzen Angelegenheit auch nicht das Geringste zu tun hat.

Drittens kommt in Betracht, daß von den Freisinnigen mit einer Schamlosigkeit von Dingen und Versprechungen gehandelt wurde, wie sie kaum je da war. Neben alten Wahlversprechen, neben immer erneuter Aufschüttung der bekannten Wählerfische, wurden auch neue Wahlversprechungen ohne Zahl im Ehere gesetzt. Besonders gingen die Frei-

sinnigen freiben mit der angeblichen Soldatenmishandlung, deren sich ein hervorragender Sozialdemokrat im Koburger Kreise (jüngst) gemacht haben sollte. Wie unsere Leser wissen, handelt es sich um eine fast drei Jahrzehnte zurückliegende Tat eines damals blühenden Menschen, der fortan aus der patriotischen Prustankel, der Unteroffizierschule, entlassen worden war und von Sozialdemokratie und Sozialismus noch nie ein Sterbenswörtchen gehört hatte. Aber das alles tat nichts. Auch diese Hege wirkte.

Endlich muß ganz besonders hervorgehoben werden, daß die freisinnigen Kandidaten im Koburger Wahlkreise in den letzten Tagen und Wochen einen Wahlterrorismus ihren Wählern gegenüber ausgeübt haben, wie er kaum in Sachsen und Saarbrücken seinesgleichen findet. Dem Arbeiter wurde vielfach der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen rund heraus verboten, und mit Hilfe von Freiwählern wurden die Arbeiter in freisinnige Versammlungen hineingetrieben.

Alle diese Umstände haben dazu beigetragen, daß die Stimmenzahl der Sozialdemokratie um einige Hundert zurückgegangen ist. Dabei hat es an hängender Wahlarbeit unserer Parteigenossen nicht gefehlt. Die Genossen Reichstagsabgeordneter Ledebour, Aurtich, Albrecht und Baudert haben Versammlungen abgehalten und auch sonst ist alles erforderliche getan worden. Zu vergessen ist freilich nicht, daß unsere Parteipresse noch geringe Verbreitung in diesem Kreise hat und daß sowohl die politischen als auch die gewerkschaftlichen Organisationen erst verhältnismäßig schwach entwickelt sind.

Es wäre verfehlt, aus einer einzelnen Wahl weitgehende Schlussfolgerungen über den Stand der parteipolitischen Entwicklung im allgemeinen zu ziehen. Nebenstände allerlei Art können leicht bewirken, daß eine Veränderung um einige Hundert Stimmen eintritt. Gleichwohl darf unsere Partei ein so wenig günstiges Wahlergebnis nicht leicht nehmen. Die gefährliche Hege der Gegner mag gewiß nicht einflusslos auf gewisse Wählerkreise bleiben, aber schließlich muß unsere Partei mit solchen gegnerischen Kampfmethoden über alle rechnen, und nicht selten haben gerade die gegnerischen Gebühigkeiten und Gewalttätigkeiten eine für uns günstige Wirkung gehabt. Es hätte schon erachtet werden können, daß der heftige Reaktionskurs der neuesten Zeit gerade der Sozialdemokratie hätte zugute kommen sollen. Andererseits ist freilich als verhältnismäßig erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Wählerkraft in Koburg von der rechtsstehenden Partei, von den mit den Konservativen verbündeten Nationalliberalen, am weitesten abgerückt ist. Die Reaktion hat am wenigsten Anlaß, mit dem Wahlausfall zufrieden zu sein.

Unsere Parteigenossen werden ihr Bestes tun, um die Stichwahl kraftvoll durchzuführen.

Die Wahlergebnisse der letzten Wahlen im Wahlkreise Koburg waren folgende:

	Hauptwahlen:				1914 (sonstige Stimmh.)
	1903	1907	1909	1912	Ergebnis
Natl.	3787	4437	3440	3740	3372
Fortschr.	3179	4128	3041	3540	5472
Soz.	3972	4306	6185	6159	5651

  

	Stichwahlen:				
	1903	1907	1909	1912	
Natl.	6006	7872	6654	7960	—
Soz.	5553	4780	7071	6908	—

## Die dänische Verfassungsreform gesichert.

Die dänische Regierung hat jüngst, wie gemeldet, beim König die Auflösung der Ersten Kammer, des Landsting, durchgesetzt, nachdem dort durch die Obstruktion der Konservativen die Beratung der Verfassungsreform, die eine Modernisierung eben jener Kammer bezweckte, unmöglich geworden war. Ursprünglich hatte das Kabinett auch einen Konflikt mit dem König, da dieser die vom König ernannten Mitglieder von der Auflösung ausgeschlossen wissen wollte. Das Kabinett gab dieser Forderung schließlich nach, da es hoffen konnte, durch die Neuwahlen trotzdem die Mehrheit in der Ersten Kammer zu erlangen.

Kopenhagen, 10. Juli. Bei der heutigen Landstingswahlen wurden 20 Rechtskonservative, 5 Freikonservative, 20 Linksliberale, 5 Radikale und 4 Sozialisten gewählt. Die Rechte verliert 5 Sitze. Von den 12 vom König ernannten Mitgliedern sind 9 Anhänger der Regierungsvorlage betreffend die Verfassungsänderung, so daß der neue Landsting aus 38 Anhängern und 28 Gegnern dieser Vorlage besteht. Der ausgesetzte Landsting zählte 33 Anhänger und 33 Gegner dieser Vorlage.

Die Wahlen haben also den Sieg der Parteien gebracht, die für die Verfassungsreform eintreten. In Dänemark bestehen schon jetzt sehr stark demokratische Einrichtungen. Eine Junterherrschafft, wie wir sie in Preußen-Deutschland haben, ist unbekannt. Dänemark hat ein parlamentarisches Regime, es kennt keine Regierung, die sich gestalten darf, auf die Wünsche der Volksherrschaft zu pfeifen. Im Gegenteil, die Minister sind die Vertrauensleute der Parlamentarier und damit auch die Vertrauensleute der Mehrheit des Volkes.

Nun will der jetzige radikale Ministerpräsident Jable, der auch die Unterstützung unserer Genossen genießt, eine weitere Demokratisierung des Wahlrechts herbeiführen, ein Plan, dessen Durchführung jetzt durch den Ausfall der Wahlen völlig gesichert ist. Mit einem gewissen Reize wird so mancher Deutsche nach dem Lande an unserer Nordmark hinführen, wo nicht, wie bei uns, eine Regierung, die im Dienste einer kleinen, aber mächtigen Klasse steht, die Wünsche des Volkes mit Füßen treten darf, wo nicht ein großer Teil des Volkes durch solch elende Wahlverfahren, wie z. B. das preussische Dreiklassenwahlrecht, entrechtet ist, wo Zustände herrschen, die eines modernen Kulturvolkes würdig sind.

## Gewerkschafts-, „Direktoren“.

In der Angestelltenbewegung spielt sich gegenwärtig ein interessanter Kampf ab, dessen Ursache die „christlichen“ Gewerkschaften sind, die mit aller Gewalt Einzug auf die Organisationen der Privatbeamten gewinnen wollen. Zu diesem Zweck haben sie, wie wir früher berichtet haben, im Januar in Elberfeld einen „Deutschen Angestelltenverband“ gegründet, der den ausgesprochenen Zweck hat, die Zentrumsmitglieder unter den Angestellten auch gewerkschaftlich im christlichen Lager festzuhalten. Das war aber nur der erste Schritt. Wer in diesen Tagen die „christliche“ Gewerkschaftspresse mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, konnte beobachten, daß der Ehrgeiz der W.-Glabbacher viel höher steht. Die Weidensche Arbeiterzeitung, der Deutsche Metallarbeiter, das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, sowie das Zentralblatt des christlichen Gewerkschaften haben spaltenlange Berichte über die diesjährige Tagung des Deutschen Techniker-Verbandes gebracht, in denen dem Lednitzer-Verband die schmeichelehaftesten Anerkennungen für sein bisheriges Wirken ausgesprochen und schließlich der Heberzeugung Ausdruck gegeben wird, daß „durch gegenseitige Rücksichtnahme und den beiderseitigen Willen zum Verleihen des anderen unwillkürlich Sympathie ausgetauscht werden, deren Wert und Wirkung (für das Zentrum?) nicht zu unterschätzen sind“.

Diese unverfälschten Liebeserklärungen und um so auffälliger, weil die ganze Verichterstattung gegen alle sonstigen Gewohnheiten ist. Die Erklärung hierfür ist allerdings verhältnismäßig leicht gefunden, wenn man beachtet, daß der Techniker-Verband am 1. April d. J. einen neuen Direktor bekommen hat in der Person eines Dr. Köhle, der bis dahin Organisationsbeamter im Volksverein für das katholische Deutschland in München-Gladbach war und in dieser Eigenschaft eine führende Rolle in der Zentrumsorganisation gespielt hat. Es liegt auf der Hand, daß diese Tätigkeit auf innigste mit der Weltanschauung ihres Trägers im Zusammenhang steht, und wenn wir auch nicht davon zweifeln, daß die Herren vom Techniker-Verband, als sie dieses Engagement beschlossen, keineswegs daran gedacht haben, ihre Organisation in das Lager der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hinüberzuführen, so müssen wir doch sagen, daß diese merkwürdige Darmlosigkeit dem Weltbild der Betreffenden kein günstiges Zeugnis ausstellt.

Der Deutsche Techniker-Verband hat in den letzten Jahren eine recht bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht. Zunächst unter dem Einfluß des jüngeren Bundes der technischen Industriellen Beamten hat er, der ursprünglich ein ausgeprochener Harmonieverein war, eine vollständige Umwandlung erfahren und sich immer mehr nach der gewerkschaftlichen Richtung entwickelt. Aber der vorliegende Fall beweist doch, daß er noch manderlei Eierstöcken aus der Vergangenheit mit sich herumträgt; denn das Direktorsystem, wie es hier und in vielen anderen Privatbeamtenvereinen gehandhabt wird, ist mit den Lebensbedingungen einer wirklichen Gewerkschaft schlechterdings nicht zu vereinbaren. Zu diesen gehört nämlich eine gewisse Stetigkeit der Politik, die nur durch die praktischen Erfahrungen verantwortlich leitender Berufsangehöriger, aber niemals durch beliebig wechselnde „Direktoren“ gesichert werden kann. Das schließt nicht aus, daß namentlich für die in technischen und sozialpolitischen Dingen meist recht unerfahrenen und organisatorisch vollkommenen traditionslosen Privatangestellten die Anstellung akademisch gebildeter Nationalökonomien gelegentlich von Nutzen sein kann. Aber ihre Berufung in verantwortliche Vorstandsämter sollte doch in jedem ernsthaften Berufsverein eine mehrjährige praktische Verbandstätigkeit und eine weitgehende Vertrauenswürdigkeit mit dem Berufsleben der betreffenden Arbeitnehmergruppe zur unerlässlichen Voraussetzung haben.

Es ist durchaus nicht nötig, und wir nehmen es nicht einmal an, daß die eingangs berichteten Aufmerksamkeiten der „christlichen“ Presse auf irgendwelche Anregungen des Dr. Köhle zurückzuführen sind. Die bloße Tatsache seiner Berufung auf den neuen und einflussreichen Posten hat wahrscheinlich genügt, um bei seinen Freunden in W.-Glabbach die erforderliche Tagelust auszulösen. Aber die mehr oder minder vorübergehenden Annehmlichkeiten des vorliegenden Einzelfalles bieten für diese Betrachtung und für die Beurteilung der Gefahr, in der sich gegenwärtig der Techniker-Verband befindet, keine Rolle. Der Fehler liegt eben in dem verkehrten